

Europäische Sozialdemokratie 2010:

Dorothea Steffen

Abstieg vor dem Ende?

Keine Frage, die europäische Sozialdemokratie steckt zur Zeit in einer tiefen Krise. Eine aktuelle Studie von Bernhard Weßels (Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Mai 2010; abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07221.pdf>) hält empirisch dagegen. Doch wie realistisch ist eine baldige Rettung? Dieser und der folgende Beitrag knüpft hieran an und zeigt Handlungsoptionen auf.

In den letzten Monaten fanden in fünf europäischen Ländern Wahlen statt. Diese können kaum als durchschlagende Erfolge für die Sozialdemokratie verbucht werden: Die tschechische ĚSSD ist zwar die stärkste Partei geblieben, musste allerdings dramatische Verluste hinnehmen. Die britische Labour-Partei und die niederländische PvdA landeten (immerhin) an zweiter Stelle, die ungarische MSZP ist schlicht abgestürzt und die schwedische SPA blieb zwar stärkste Partei, erzielte aber ihr schlechtestes Ergebnis seit 1914. Vor allem aber wird keines der Länder in naher Zukunft mehr sozialdemokratisch (mit-)regiert werden.

Diese Wahlen bestätigen daher den Eindruck, dass die sozialdemokratischen Parteien in (fast) ganz Europa in einer tiefen Krise stecken und in ihrer Existenz, zumindest als Volksparteien, bedroht sind. Diese Einschätzung herrscht auch in der seit einiger Zeit stattfindenden Debatte um Zustand und Zukunft der europäischen Sozialdemokratie(n) vor.

Existenzielle Krise – ja oder nein?

Zu anderen Ergebnissen ist dagegen jüngst Bernhard Weßels vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) ge-



Dorothea Steffen

(* 1971) ist Historikerin und nach einer Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsche Rechtsgeschichte der FU Berlin und im Bundestagsbüro von Andrea Nahles als freie Lektorin tätig.

Dorothea.Steffen@gmx.net

langt. Seiner rein empirisch angelegten, zeit- und ländervergleichenden Untersuchung zufolge (er analysiert die Ergebnisse der insgesamt 62 Wahlen in Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, in Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Spanien, Tschechien und Ungarn vom 1.1.1990 bis zum 31.12.2009) kann von einer existenziellen Krise der Sozialdemokratie keine Rede sein. Weder hatten die sozialdemokratischen Parteien in dem von ihm betrachteten Zeitraum mehrheitlich Wahlniederlagen zu verzeichnen oder waren in den Regierungen unterrepräsentiert, noch waren Volkspartei charakter und Identitätskerne in Gefahr.

Die von Bernhard Weßels erhobenen Daten sind zunächst verblüffend, für die politische Debatte aber von großem Interesse: Sie können Abgesängen auf die Sozialdemokratie (wie sie besonders in den Medien lange Zeit en vogue waren) ent-

gegengesetzt werden. Wahrnehmungen, die Wahlniederlagen mit Abstrafungen, Ansehens- und Vertrauensverlust und einem verlorenen Glauben an Kompetenz und Gestaltungswillen assoziieren, relativieren sich, wenn die Ergebnisse empirisch gesehen lediglich Ausdruck »natürlicher« Wellenbewegungen sind.

Allerdings scheinen die jüngsten Niederlagen sozialdemokratischer Parteien zumindest darauf hinzudeuten, dass sich momentan ziemlich viele sozialdemokratische Parteien in einem tiefen Wellental befinden.

Den Daten von Bernhard Weißels zufolge hatten die sozialdemokratischen Parteien bis Ende 2009 nicht mehr Niederlagen als Siege zu verzeichnen. Auch ihre Stimmen- und Sitzanteile waren im Durchschnitt weder absolut noch relativ gesunken: Der mittlere Stimmanteil lag 2009 mit etwas über 30 % ungefähr auf dem Niveau von 1990. Dasselbe gilt für die Regierungsbeteiligung: Bis Ende 2009 haben die Sozialdemokraten an etwas mehr als der Hälfte der insgesamt 7.304 Tage mitregiert und an etwas weniger als der Hälfte sogar die Regierungschefs gestellt. Mit den zum Teil desaströsen, jüngsten Niederlagen und vor allem angesichts der Tatsache, dass die Sozialdemokraten in vier weiteren Ländern von der Macht verdrängt wurden, lassen sich diese Zahlen allerdings kaum fortschreiben. Vielmehr stellt sich die Frage, ob die empirisch zumindest mögliche Aufwärtsbewegung in den Wahlergebnissen, tatsächlich Realität wird.

Rahmenbedingungen beachten

Wahlergebnisse, die um 30 % liegen (Labour, SAP) oder deutlich darunter (MSZP, ěSSD, PvdA), provozieren nämlich neue Fragen nach dem Volkspartei Charakter und den Identitätskernen der sozialdemokratischen Parteien. Ob sich die jüngsten Wah-

len in dieser Beziehung signifikant von den vorhergehenden unterscheiden, wäre eine genauere Untersuchung wert. Aber selbst wenn – wie es bis Ende 2009 der Fall war – die Wählerprofile der sozialdemokratischen Parteien kaum von denen der Gesamtbevölkerung abweichen (die Parteien also über ihre Kerngruppen hinaus Wähler binden können), stellt sich die Frage nach der Gesamtbindungsstärke mit neuer Dringlichkeit. Die jüngsten Wahlergebnisse unterstreichen auch die Analyse von Bernhard Weißels, dass sich einzelne Ländergruppen mit jeweils eigenen Strukturen und Gesetzmäßigkeiten voneinander unterscheiden lassen. Die Ausdifferenzierung in West-, Ost- und Südeuropa (deren jeweilige Ergebnisse einander bisher kompensierten – die Niederlagen der westdeutschen Sozialdemokraten wurden durch Siege in den Ost-, dann in den südeuropäischen Ländern ausgeglichen) scheint momentan prägender und zukunftsweisender zu sein als der generelle Trend aus den europaweit gemittelten Daten.

Ob die herben Niederlagen der Sozialdemokratischen Parteien in Tschechien und Ungarn auf eine Annäherung zumindest an die krisenhafte westeuropäische Entwicklung hindeuten oder darauf, dass die osteuropäische politische Landschaft nach wie vor hochgradig volatil ist, wäre sicherlich eine genauere Betrachtung wert. Um zu belastbaren Ergebnissen zu gelangen, müssten aber auch hier weitere, nämlich »weiche« Daten erhoben, also Problemstellungen, Erwartungen und Kompetenzzuschreibungen abgefragt werden.

Für Westeuropa (hier verstanden als die Länder, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine demokratische und pluralistische Ordnung kennen) jedenfalls bestätigen die Wahlen in Großbritannien und den Niederlanden eine Entwicklung, die bereits seit einigen Jahrzehnten zu beobachten ist, nämlich eine Ausdifferenzierung des Parteiensystems, konkret die Etablierung zumeist rechtsliberaler oder rechtspo-

pulistischer Parteien. Dies auch empirisch in den Mittelpunkt zu rücken und in ihren Auswirkungen zu untersuchen, wäre vielversprechend. Denn die neuen Parteien setzen ihre sozialdemokratischen Pendant doppelt unter Druck: Sie »wildern« im klassischen sozialdemokratischen Terrain, indem sie Themen besetzen und Wähler an sich binden, die auch sozialdemokratisch wählen könnten (oder früher gewählt haben). Und sie verändern die Rahmenbedingungen für die sozialdemokratischen Parteien auch strukturell zu deren Nachteil: Während sie für die sozialdemokratischen Parteien – oft aus gutem Grund – als Partner nicht in Frage kommen, bieten sie den konservativen Parteien neue Koalitionschancen und die Möglichkeit, die Sozialdemokratie »auszubooken«, wie es nach dem momentanen Stand der Dinge beispielsweise in den Niederlanden der Fall ist.

Die niederländischen Erfahrungen legen zudem (ähnlich wie die deutschen) nahe, dass die Rolle eines Juniorpartners in einer Koalition für künftige Wahlchancen nicht unbedingt von Vorteil ist, dass also nicht jede Regierungsbeteiligung an sich positiv ist und als Erfolg verbucht werden kann. Die entsprechenden Zahlen dürfen also nicht für sich allein, sondern müssen in Kombination mit anderen Daten betrachtet werden. Das gilt besonders für die Stimmergebnisse, denn sie können denen zur Regierungsbeteiligung entgegenlaufen, etwa wenn eine Partei in Regierungsverantwortung gelangen kann, obwohl sie relativ schlechte Resultate erzielt hat (wie die SPÖ im Jahr 2008 oder die PvdA im Jahr 2006). Nur wenn solche Effekte sichtbar gemacht werden, lassen sich Erfolge oder Misserfolge der Sozialdemokratie genau messen.

Darüber hinaus müssten wohl auch die qualitativen Unterschiede in den politischen Systemen einen empirischen Niederschlag finden. Werden beispielsweise wie in der Studie von Bernhard Weßels ausschließlich die Parlamentswahlen zugrun-

degelegt, bietet das den Vorteil einer klaren Bezugsgröße. Allerdings bleibt außer Acht, dass sich Rolle und Einfluss der Sozialdemokratie unter Umständen auch aus anderen Faktoren bestimmen: Die sozialistischen Abgeordneten der französischen Nationalversammlung haben es gegenwärtig nicht nur wie ihre deutschen Kollegen mit einer konservativen Regierungsmehrheit, sondern vor allen Dingen mit einem konservativen Präsidenten mit erheblicher Machtfülle (und dem erklärten Willen, diese zu nutzen) zu tun. Die gerade abgewählte Labour-Regierung in Großbritannien konnte seit 1997 eine ganz andere Durchschlagskraft entwickeln als die zeitgleich ins Amt gekommene französische Regie-

rung unter Lionel Jospin. Diese sah sich einem konservativen Präsidenten gegenüber, wie etwa auch Vladimír Špidla, der 2003/2004 als tschechischer Ministerpräsident ebenfalls einem konservativen Präsidenten gegenüberstand und zudem noch in einer Koalition regierte. Ähnliches gilt für die Bundesrepublik, deren föderales System dem Bundesrat (und damit den in den Ländern dominierenden Kräften) beachtlichen Einfluss einräumt und dessen regelmäßiger »Farbenwechsel« den Spielraum des Kanzlers oder der Kanzlerin notorisch minimiert.

Intensive Analysen erforderlich

Die Daten von Bernhard Weßels sind sicherlich eine gute Grundlage, wenn es darum geht, die Diskussion um die Zukunft der Sozialdemokratie sachlich und zielgerichtet zu führen. Die von ihm betonte Notwendigkeit, die sozialdemokratischen Parteien so aufzustellen, dass sie von Ab-

schwüngen der Konkurrenz tatsächlich profitieren können, ist sicherlich die zentrale Herausforderung.

Auch um die Situation der Sozialdemokratie(n) zu beschreiben, bietet die Studie wichtige Ansätze, die weiterentwickelt werden sollten. Europaweit ermittelte Daten können sicherlich aktuelle und auf spezifisch nationale Wahlerfahrungen gründende Untergangsfantasien relativieren. Die jüngsten Ergebnisse scheinen aber doch nahezuliegen, die Ausdifferenzierung der Ländergruppen und (besonders für Westeuropa) die Veränderungen der Parteienlandschaft in den Mittelpunkt zu rücken und dabei »weiche« Daten und qualitative Gesichtspunkte einfließen zu lassen. Wenn Keynes feststellt: »in the long run we are all dead«, so gilt für die europäische(n) Sozialdemokratie(n) vielleicht das Umgekehrte: Weder Abstieg noch Ende sind zwangsläufig. Die momentane Situation ist allerdings besorgniserregend und einer intensiven wie differenzierten Betrachtung wert.

Jan Niklas Engels

Der Weg zurück in die Erfolgsspur

Handlungsoptionen für die europäische Sozialdemokratie

Jan Niklas Engels

(* 1974) ist Referent der Internationalen Politikanalyse der FES.

jan.engels@fes.de



noch der Großteil der europäischen Länder von Sozialdemokraten regiert wurde, ist das ein eher trauriges Bild.

Doch ist es in einer Demokratie nicht normal, dass nach langer Regierungszeit, wie zuletzt nach 13 Jahren Labour in Großbritannien, eine andere Partei den Regierungsauftrag erhält? Und ist das Erringen einer absoluten Mehrheit durch die Sozialdemokraten in Griechenland im Oktober 2009 wirklich nur durch nationale Faktoren erklärbar? Um die tatsächliche Situation der Sozialdemokratie in Europa einschätzen zu können, erscheint es notwen-